PB.Z-01-643

Kapitel 5: Zusammen leben

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: BAG Demokratie und Recht
Beschlussdatum: 28.04.2021

Änderungsantrag zu PB.Z-01

Nach Zeile 643 einfügen:

Für einen Paradigmenwechsel in der Innenpolitik

Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle frei und sicher leben können. Freiheits- und Bürger*innenrechte behandeln wir nicht als Streichposten der Innenpolitik, sondern als ihre zentralen Schutzgüter. Sicherheit darf keine Frage der sozialen Schicht, der Herkunft, des Geschlechts, der sexuellen Identität, des Aussehens oder des Wohnorts sein. Notwendige Voraussetzungen für gesellschaftliche Stabilität und nachhaltige Sicherheit aller sind neben einer rechtsstaatlich handelnden Polizei und einer leistungsfähigen Justiz insbesondere auch Prävention und Ursachenforschung sowie eine wirksame Sozialpolitik. Wir kehren der rein situativen, ereignisgeleiteten Stellschraubenpolitik der letzten Jahrzehnte den Rücken, stellen untaugliche Instrumente und Institutionen auf den Prüfstand und gehen entschlossen den dringend notwendigen Umbau der Sicherheitsarchitektur an. Dabei wollen wir im Sinne einer umfassend verstandenen Sicherheit die gesamte öffentliche Infrastruktur in den Blick nehmen und Sicherheit als Querschnittsaufgabe behandeln. Rationale Sicherheitspolitik setzt klare Zuständigkeiten und eine solide Faktenlage voraus. Deshalb werden wir eine einheitliche Verlaufsstatistik für Polizei und Justiz schaffen und die kriminologische Forschung ausbauen. Außerdem werden wir die Periodischen Sicherheitsberichte wieder einführen, die auch Dunkelfeldstudien und wissenschaftliche Analysen in eine umfassende Betrachtung von Kriminalität mit einbeziehen.